

NEUFASSUNG

Vorlage für die Sitzung des Senats am 06.10.2020

„Prozess zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wann wird die Kommission, die eine landesrechtliche Rahmensetzung zur umlagefinanzierten Steigerung der Ausbildungsplätze entwickeln soll, eingerichtet und wann wird diese voraussichtlich ihre Arbeit aufnehmen?
2. Wurde oder wird ein Bremer Gutachten, vor dem Hintergrund des nordrhein-westfälischen Gutachtens von 2014, noch in Auftrag gegeben?
3. Inwiefern kann der Zeitplan, nach dem bis zu Beginn des Ausbildungsjahres 2021/2022 eine landesrechtliche Rahmensetzung entwickelt sein soll, eingehalten werden?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die Partner der Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung haben im Oktober 2019 beschlossen, dass eine ‚Lenkungsgruppe: Ausbildung innovativ‘ ins Leben gerufen wird, die an einer Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt arbeiten soll. Weiter hatten die Partner der Bremer Vereinbarung, die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa im Oktober 2019 gebeten in 2020 ein Expertengutachten einzuholen, um die rechtlichen Möglichkeiten eines Landesausbildungsfonds zu prüfen und eine landesrechtliche Rahmensetzung für einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds zu entwickeln.

An der Lenkungsgruppe sind die Leitungsebenen der Handelskammer / IHK für Bremen und Bremerhaven, der Arbeitnehmerkammer, der Handwerkskammer

Bremen, den Unternehmensverbänden e.V., dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen und Integration und des Magistrats Bremerhaven beteiligt.

Seit April 2020 werden auch Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie auf den Ausbildungsmarkt bearbeitet. Die Gruppe hat seit Dezember 2019 siebenmal getagt und vielfältige Maßnahmen beschlossen und umgesetzt.

Zu Frage 2:

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa erwartet zu Mitte November ein entsprechendes Gutachten. Herr Professor Doktor Fischer-Lescano wurde mit dem Gutachten beauftragt. Er hat eine Professur für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Bremen am Zentrum für Europäische Rechtspolitik.

Zu Frage 3:

Die Einrichtung einer Landesausbildungsumlage wird abhängig gemacht von einer nicht erreichten Steigerung der besetzten Ausbildungszahlen. Eine diesbezügliche Bewertung des Ausbildungsmarktes auch vor dem Hintergrund der Pandemie erfolgt in der Plenumsitzung der Partner der Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung im vierten Quartal 2020. Es werden hier die Situation auf dem Ausbildungsmarkt, die Ergebnisse der Lenkungsgruppe ‚Ausbildung: innovativ‘ und die Ergebnisse des Gutachtens unter der Berücksichtigung möglicher Branchenlösungen bewertet. Von daher kann aus heutiger Sicht der Zeitplan eingehalten werden.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit der Beantwortung der Anfrage sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden.

Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe betrifft zuerst die Betriebe im Land Bremen, wodurch langfristig sowohl weibliche als auch männliche Auszubildende sowie Ausbildungsinteressierte unterstützt werden könnten.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

Datenschutzrechtliche Belange sind dabei nicht tangiert.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 06.10.2020 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.